

Mittheilungen

über die Verhandlungen des Landtags.

№ 188.

Dresden, am 4. Juli.

1837.

Sechsz und achtzigste öffentliche Sitzung der
I. Kammer, am 20. Juni 1837.

(Beschluß.)

Schluß der Berathung über das Einnahme-Budget. (Position 33.) —

Prinz Johann: Was die Pferde betrifft, so erlaube ich mir Einiges zu bemerken: erstlich sind die Pferde der Forstbeamten Pferde der besser besoldeten Beamten; diese Beamten haben 500 Thlr., dann haben sie noch oft Wiesen als Dienstgenuß; aber das muß ich zu erwägen geben, daß das Floßpferd nicht eben so viel zu fressen braucht wie das Pollpferd; denn dieses muß den ganzen Bezirk bereisen, und ich muß aus meiner Erfahrung sprechen: wenn ich bis 3 Uhr hier gearbeitet habe, so bringe ich einen größern Appetit mit, als wenn die Sitzung schon um 12 Uhr geschlossen wird.

Staatsminister v. Beschau: Man muß allerdings, wenn man den Satz zu hoch findet, auf die Frage eingehen: Ob dies wirklich der Fall ist? und ich muß mich daher dahin aussprechen, daß der Satz von 120 Thlr. für ein Pferd nicht zu hoch sei. Wenn auf die Forstbeamten Bezug genommen worden ist, so ist schon von der Regierung anerkannt worden, daß die Forstbedienten durch die Verbindlichkeit, Pferde zu halten, genöthigt seien, von ihrem Gehalte Etwas darauf zu verwenden. Noch habe ich die Erwiderung auf eine Bemerkung des v. Carlowitz nachzuholen; es ist dies diese, daß sich 10,000 Thlr. für Ortszulagen angesehen befänden; es scheint ihm aber das erste Wort entgangen zu sein, es heißt nämlich: „Personal- und Ortszulagen.“ Es befinden sich unter den angestellten Dienern noch viele, welche früher höher besoldet waren, und diese haben persönliche Zulagen bekommen, weil man ihnen die Summe, welche sie hatten, nicht entziehen, etatmäßig aber nicht gewähren konnte.

Bürgermeister Ritterstädt: Ich kann doch nicht umhin, dem Antrage des v. Carlowitz beizustimmen; denn ich glaube, man wird nur bestätigen können, daß überall die Ansicht herrscht, es sei die Zoll- und Steuerpartie unter den Staatsbeamten die am besten salarirte und stehe in einem Mißverhältniß mit den übrigen Staatsdienern, und daraus erfolgt, wie nicht anders sein kann, ein gewisser Mißmuth bei den Lehtern, den man doch lieber beseitigt zu sehen wünschen möchte, und das wird geschehen, wenn die Besoldungen der Beamten bei der Zoll- und Steuerpartie in ein angemessenes Verhältniß zu denen der übrigen Staatsdiener gestellt werden. Vorzüg-

lich aber muß ich bekennen, daß die Position von 10,000 Thlr. für Personal- und Ortszulagen mich, — ich kann es wohl sagen, — erschreckt hat, weil sie sehr hoch ist, und ich glauben möchte, daß bei den reichlichen Gehältern dieser Beamten Zulagen kaum erforderlich seien. Ich würde daher geglaubt haben, daß man auf eine Ermäßigung antragen könnte; doch beruhige ich mich damit, daß, wenn gleich mit Hinzurechnung dieser Post die ganze Position auf 413,000 Thlr. sich beläuft, die Staatsregierung doch erklärt hat, daß sie mit der Summe von 400,000 Thlr. auszukommen glaube, und da gebe ich mich der Hoffnung hin, daß von jener Post an 10,000 Thlr. nur in den dringendsten und seltensten Fällen werde Gebrauch gemacht werden, daher ich glaube, daß der Antrag auf Ermäßigung dieses Ansahes zu ersparen sei.

Referent Bürgermeister Schill: Die Deputation hat aus Gründen, welche in dem Berichte angeführt sind, Bedenken tragen müssen, auf eine Herabsetzung der Administrationskosten anzutragen, und allerdings ist sie der Ansicht, die schon ausgesprochen worden ist, daß diese Partie der Administration so gestellt sein müsse, daß eine Verleitung zu Unbilden und namentlich zur Bestechung nicht Platz greife. Sehen wir auf die ganz kurze Vergangenheit zurück, so werden wir uns noch der großen Klagen erinnern, welche über die Accisadministration stattgefunden hat, und kein anderer Grund lag vor, als der, daß die Beamten sehr schlecht gestellt waren und auf Nebenbezüge — ich möchte sagen — hingewiesen werden mußten. Andererseits stehen hier die Verhältnisse mit den benachbarten Vereinststaaten im Wege, um eine Veränderung beantragen zu können. Dann hat auch die Deputation nicht übersehen können, daß der Dienst der Grenzaufseher, wozu namentlich die berittenen Aufseher gehören, äußerst beschwerlich und kraftanstrengend ist; und endlich muß ich noch erwähnen, daß die Deputation ferner aus dem Grunde eine Erinnerung unterlassen hat, weil bei der Berathung dieses Gegenstandes bei dem vorigen Landtage zur Sprache gebracht worden ist, daß die Administrationskosten die Summe von 18 p. C. erreichen werden, und Seiten der Kammer ein Bedenken nicht aufgestellt wurde; daß man dadurch nicht die ausdrückliche Zustimmung dazu ertheilt habe, will ich zugeben; allein, da es sich herausstellte, daß das Personal so stark sein muß, wie es ist, so glaubte die Deputation einen Antrag auf Abminderung nicht stellen zu können, und ich erkläre mich nicht für den Antrag.

Staatsminister v. Beschau: Ich muß mir erlauben noch ein paar Worte über den Gegenstand zu sagen, und ich bitte